

Vor einer agrarpolitischen Neuorientierung in der Europäischen Gemeinschaft?	123
Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland und seine Beschäftigungseffekte	127

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 11/84

Berlin

15. März 1984

51. Jahrgang

Vor einer agrarpolitischen Neuorientierung in der Europäischen Gemeinschaft?

Seit dem Stuttgarter Gipfel im Juni 1983 ist Bewegung in die Diskussion um die EG-Agrarpolitik gekommen, ohne daß allerdings bisher bindende Beschlüsse gefaßt worden sind. Eine Annäherung der verschiedenen nationalen Interessen ist nur in wenigen Punkten festzustellen. Immerhin gibt es seither eine Reihe von Dokumenten der EG-Kommission zur Fortentwicklung der Agrarpolitik. Das Grundsatzpapier¹ zur Reform der Agrarpolitik vom Juli 1983 ist in der Folgezeit durch Vorschläge zu einzelnen Produktbereichen, zur sogenannten Fettabgabe und zum Währungsausgleich ergänzt worden. Die jüngste Dokumentation zur Agrarpolitik betrifft die Preisvorschläge für das Wirtschaftsjahr 1984/85².

Das gesamte Vorschlagspaket ist Gegenstand zäher Auseinandersetzungen der Landwirtschaftsminister, die sich bis Ende März über die künftige Gestaltung der Agrarpolitik und die preispolitischen Maßnahmen einigen müssen, wenn die Beschlüsse zum Beginn des neuen Wirtschaftsjahres wirksam werden sollen.

Ein erster Ansatz zur Einigung ist jetzt, wenige Tage vor dem entscheidenden Gipfeltreffen der Europäischen Gemeinschaft, in der am heftigsten umstrittenen Frage gefunden worden: Die Höchstmenge an Milch, für die eine Preisgarantie gilt, soll auf 98,8 Mill. Tonnen für die gesamte Gemeinschaft begrenzt werden. Diese Globalmenge — sie muß erst auf die einzelnen Mitgliedstaaten aufgeteilt werden — übersteigt den Inlandsverbrauch immer noch um rund 20 vH. Von einer Einigung über die künftigen Erzeugerpreise ist man noch weit entfernt.

Ginge es nur um das Ringen um die gemeinsamen Agrarpreise, so würde sich diese Verhandlungsrunde kaum von früheren „Agrar-Marathons“ unterscheiden. Es steht indes mehr auf dem Spiel. Die Hochpreispolitik der Gemeinschaft zugunsten der Agrar- und Ernährungswirtschaft ist nicht mehr finanzierbar und erfordert eine

grundsätzliche Neuorientierung der Regulierung im Agrarsektor. Kommt der ursprüngliche Vorschlag der EG-Kommission, auf den sich nun die Agrarminister schon im Grundsatz geeinigt haben, definitiv zum Tragen, wird das Prinzip der amtlichen Preisfestsetzung durch Mengensteuerungen ergänzt: Garantiepreise sollen bei Milch nur noch im Rahmen von einzelbetrieblichen Lieferquoten gelten.

Anstelle von mehr Mengensteuerung ...

Die Einführung von Kontingenten ist hauptsächlich aus ordnungspolitischen und betriebswirtschaftlich-unternehmerischen Gründen kritisch zu beurteilen. Sie wäre nicht nur eine Absage an das Postulat der marktwirtschaftlichen Steuerung, sondern, damit zusammenhängend, durch eine Kontingentregelung in einem so wichtigen Landwirtschaftsbereich wie der Milchproduktion würde auch die unternehmerische Entscheidungsgewalt weitgehend durch staatliche Regulierung abgelöst. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß die einmal eingeführten Kontingente infolge unterschiedlicher Interessenlagen in der EG nicht mehr abzuschaffen sind, auch wenn sie sich als Steuerungsinstrument als ungeeignet erweisen sollten. Überdies ist zu befürchten, daß diese Form der Mengeregulierung auf Agrarmarktbereiche — z.B. die Getreide- oder die Rindfleischerzeugung — übergreift, auf die sich die bei der Milchproduktion freiwerdenden Produktionsfaktoren umorientieren. Erwähnt seien in diesem Zusammenhang die Erfahrungen mit dem Zuckermarkt, auf dem

¹ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Gemeinsame Agrarpolitik: Vorschläge der Kommission. KOM (83) 500 endg. v. 28.7.83.

² Kommission der Europäischen Gemeinschaften, KOM (84) 20 endg. v. 20.1.1984.

seit Beginn der Zuckermarktordnung (1968) Produktionsquoten mit Preisdifferenzierung angewendet werden. Obwohl der Zuckermarkt wegen seiner großbetrieblichen Produktions- und Verarbeitungsstruktur noch am ehesten Gewähr für eine funktionsfähige Steuerung bietet, entstanden hier trotz der Kontingente häufig große Überschußmengen. Ihr Abbau führte — unter Berücksichtigung der im Zuckersektor erhobenen Abgaben auf die Erzeugung und für die Kosten der Lagerhaltung — zu erheblichen fiskalischen Nettobelastungen des EG-Haushalts in Höhe von rund 500 Millionen ECU (1982). Die Zuckerquoten sind unter dem Druck der Erzeugerinteressen weit über dem Niveau der Binnennachfrage festgesetzt worden, so daß die Überschußmengen auf den Weltmarkt drängen und zur Angebots- und Preisinstabilität beitragen³. Derartige Exporte gehen zu Lasten anderer zuckerexportierender Länder, soweit sie nicht im Rahmen des AKP-Abkommens mit der EG durch Absatz- und Preisgarantien begünstigt sind.

Die Kompromißvorschläge, die nun im Europäischen Rat zur Entscheidung anstehen, stärken die Befürchtungen, daß auch auf dem Milchmarkt die Quoten zu hoch festgesetzt werden. Selbst wenn es im Widerstreit der Interessen doch noch gelingen sollte, die Globalmengen restriktiver zu bemessen, würde sich über Kompromisse bei den politischen Verhandlungen längerfristig vermutlich der bisherige Expansionspfad der Produktion kaum verändern. Bereits die sich schon länger abzeichnende Wende in der Agrarmarktpolitik hin zur Mengenregulierung hat als Ankündigungseffekt zur außergewöhnlichen Steigerung der Milchanlieferung bei den Molkereien der EG von jeweils 3,7 vH in den Jahren 1981 und 1982 und mindestens 3,5 vH im Jahr 1983 beigetragen. Damit sollten von der Erzeugerseite die Eingangsschwellen für die Referenzmengen möglichst weit angehoben werden, um das Besitzstandsargument für die Quotenverhandlungen abzusichern.

Die Einführung von Kontingenten als Maßnahme gegen die Kostenexpansion im Agrarhaushalt wird von der Kommission in ihren Vorschlägen zur Gemeinsamen Agrarpolitik vom Juli 1983 damit begründet, daß „die in den letzten 10 Jahren getroffenen Preisbeschlüsse nicht ausgereicht haben, um das Marktgleichgewicht wieder herzustellen. Die Kommission vertritt die Auffassung, daß zur Deckung der Mehrausgaben, die sich aus der Überschreitung der Garantieschwelle 1983 ergeben dürften, der Milchpreis für 1984/85 um 12 vH verringert werden müßte. Eine derartige Maßnahme hätte natürlich unverzüglich schwerwiegende Folgen für die Einkommen der Erzeuger, während sie sich andererseits auf die Erzeugung erst mit einer gewissen Verzögerung voll auswirken würde“⁴. Deshalb bestünde „die einzige, für die Kontrolle der Milcherzeugung praktikable Alternative zum Mechanismus der gemeinsamen Preise in der Anwendung von Quoten“⁵.

... stärker marktwirtschaftlich orientierte Signale

Zwar soll nach Vorstellungen der Kommission die Quotenregelung in Verbindung mit einer vorsichtigen Preispolitik angewandt werden. Doch zeigt die bisherige Erfahrung, daß die Ankündigung lediglich einer „vorsichtigen Preispolitik“ nicht ausreicht, um die Überproduktion einzudämmen. Erforderlich, aber politisch nur sehr schwer gegen die Interessengruppen durchsetzbar, wären langfristige Signale, etwa in Form eines mehrjährigen Einfrierens der Erzeugerpreise für Überschußprodukte. Dies könnte verhindern, daß weiterhin in kritische Produktionsbereiche wie Milch und Rindfleisch investiert wird. Solche Signale müßten so eindeutig gesetzt werden, daß sich die Landwirtschaft auf eine dauerhafte Senkung des Realpreis- und Absatzgarantieniveaus einstellt. Da eine solche Rückkehr zur eher allokatons- als verteilungspolitisch orientierten Preispolitik im Zweifel nicht sofort zu verwirklichen sein wird, ist zusätzlich daran zu denken, durch einen sukzessiven, deutlichen Abbau der Subventionen und steuerrechtlichen Privilegien bei gleichzeitiger Verbesserung der agrarstrukturellen Instrumente die Abwanderung aus der Landwirtschaft zu fördern.

Die jüngsten Vorschläge der EG-Kommission sind im Lichte des Grundsatzpapiers vom Sommer 1983 zu sehen, mit dem angeregt wurde, eine Doppelstrategie zu verfolgen: vorsichtige Preispolitik bei Getreide und anderen wichtigen Erzeugnissen auf der einen Seite, Kontingente für Milch auf der anderen Seite. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte sollen im Durchschnitt aller EGLänder nun um weniger als 1 vH angehoben werden. Eine ähnlich niedrige Rate der Preisanhebung hat es in der Vergangenheit bereits mehrfach gegeben, z.B. in den Jahren 1978/79 mit durchschnittlich 2,1 vH und 1979/80 mit 1,3 vH. Damals war die Marktsituation weniger ungünstig, die einzelstaatlichen Inflationsraten waren jedoch deutlich höher als gegenwärtig. Die jetzt vorgeschlagene, äußerst maßvolle Preisanhebung — teilweise der Verzicht auf eine Preisanhebung —, die auf die landwirtschaftlichen Einkommen insoweit Rücksicht nimmt, als sie eine von der Marktlage her eigentlich gebotene Senkung der Preise vermeidet, deutet darauf hin, daß die EG-Kommission gewillt ist, die Agrarmarktpolitik von dem überzogenen Stützungs niveau herunterzubringen.

Für viele Landwirte wäre dieser Weg mit einem schmerzhaften Anpassungsprozeß verbunden. Von den

³ Der EG-Ministerrat zögert nach wie vor, dem Internationalen Zuckerabkommen von 1977 mit seinen für die EG restriktiven Vorschriften über die Handelsdisziplin beizutreten, solange die Bestimmungen nicht in einer für sie günstigen Weise abgeändert werden. Vgl. Kommission der EG. Zur Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft. Berichte 1980 bis 1982.

⁴ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, KOM (83) 500 endg. S. 17.

⁵ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, KOM (83) 500 endg. S. 18.

Preis- und Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft der EG und ihrer Mitgliedstaaten
Jahresraten der Veränderung in vH

Land	Preise der landwirtschaftlichen Endproduktion			Preise der Vorleistungen in der Landwirtschaft			"Realeinkommen" ¹⁾		
	1979/76 ²⁾	1983/79 ²⁾	1983/82 ³⁾	1979/76 ²⁾	1983/79 ²⁾	1983/82 ³⁾	1979/76 ²⁾	1983/79 ²⁾	1983/82 ³⁾
BR Deutschland	-1,4	2,8	-0,7	0,4	5,6	0,6	-5,7	-1,2	-21,9
Frankreich	6,7	9,9	9,0	7,9	12,3	9,3	3,1	-0,8	-9,8
Italien	13,2	13,6	12,8	10,1	14,8	12,1	4,0	-1,2	1,4
Niederlande	-0,4	4,4	1,5	1,6	5,8	3,5	-2,3	5,9	-4,0
Belgien	-1,6	8,5	9,1	0,8	9,3	9,1	-4,0	7,6	2,0
Luxemburg	0,9	9,0	6,8	1,9	9,6	10,7	3,7	5,9	-19,5
Verein.Königreich	5,7	7,0	2,9	9,5	8,8	5,5	-5,9	1,5	-7,0
Irland	11,9	9,0	8,2	10,3	11,8	7,3	2,1	0,4	4,5
Dänemark	4,1	9,9	4,6	3,4	13,1	5,8	-0,1	5,6	-17,9
Griechenland	-	22,4	17,9	-	22,2	20,9	-	6,5	-5,9
EG (10)	-	9,7	6,8	-	10,6	6,6	-	0,8	-7,1

1) Reale Nettowertschöpfung zu Faktorkosten je Einheit Arbeitskräfteeinsatz.- 2) Durchschnittliche jährliche Veränderung.- 3) Schätzung der EG-Kommission, Stand 20.2.1984.

Quellen: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft, Berichte 1980 und 1983; Eurostat, Evolution des indicateurs de revenu agricole, 1973-1983, 20. 2.1984.

Interessenvertretern der Landwirtschaft werden die Preisvorschläge der Kommission infolgedessen auch scharf abgelehnt. Sie fordern eine stärker einkommenspolitisch orientierte Preispolitik. Tatsächlich ist die Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen, traditionell der Kernpunkt agrarpolitischer Anstrengungen nur unbefriedigend gelungen. Die EG-Kommission stellte fest, daß „die Einkommen aus der Beschäftigung in der Landwirtschaft seit 1973 weniger rasch gestiegen (sind) als die übrigen Einkommen“⁶. Darin kommt auch zum Ausdruck, daß einerseits den Kostensteigerungen im Vorleistungsbereich sowie beim Faktoreinsatz keine entsprechenden Anhebungen bei den administrativen Absatzpreisen gegenüberstanden, andererseits die Abwanderung aus der Landwirtschaft in praktisch allen EG-Staaten durch die ungünstige Arbeitsmarktsituation behindert wird.

Für einen internationalen Vergleich landwirtschaftlicher Einkommen stehen lediglich Indikatoren zur Verfügung, die unter Vorbehalt interpretiert werden müssen. Eine dieser Kennziffern ist die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten je Vollbeschäftigten in der Landwirtschaft. Sie ist infolge der Berechnungsunterschiede zwischen den Ländern in bezug auf die Zahl der Vollarbeitskräfte⁷ nicht für den Niveauvergleich, sondern nur als Maßziffer zur Beurteilung der Entwicklung geeignet, und zwar am ehesten für längere Zeiträume. Denn aufgrund klimatischer und anderer Faktoren sind — regional meist unterschiedlich — in der Landwirtschaft kurzfristige Einkommensschwankungen besonders häufig. Es ist daher immer wieder zu fragen, welchen Stellenwert dieser „sektorale Einkommensindex“⁸ für die praktische Agrarpolitik haben kann. Keinesfalls informiert er ausreichend, weil auf der Ertrags- wie auf der Aufwandsseite wesentliche, das Gesamteinkommen beeinflussende Faktoren fehlen. Beispielsweise müßten zur realistischen Einschätzung der sozialen Lage die außerlandwirtschaftlichen Einkünfte aus unselbständiger Arbeit und Unternehmertätigkeit so-

wie die zahlreichen steuer-⁹ und sozialrechtlichen Privilegien berücksichtigt werden. Daß die EG-Kommission den sektoralen Einkommensindex trotz zahlreicher Einwendungen — auch aus dem Europäischen Parlament¹⁰ — weiterhin unmodifiziert anwendet, hängt wohl damit zusammen, daß die einzelnen Mitgliedstaaten äußerste Zu-

⁶ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, KOM (83) 500 endg., S. 3.

⁷ Die Jahresarbeitseinheit (JAE) entspricht der an der Arbeitszeit gemessenen Arbeitsleistung einer Person, die vollzeitlich, d.h. mit 2200 oder mehr Stunden pro Jahr mit landwirtschaftlichen Arbeiten im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt ist. Teilzeitarbeit wird in JAE umgerechnet. In den Statistiken sind Eigentümer, mithelfende Familienmitglieder und abhängig Beschäftigte zusammengefaßt. Nach Feststellung des Europäischen Parlaments ist sich das Statistische Amt der EG aber „keineswegs sicher, welche Maßeinheit die einzelnen Mitglieder bei der Zusammenstellung ihres sektorgebundenen Einkommensindexes tatsächlich verwenden. Es fordert von dem Gremium, das die Berechnung üblicherweise durchführt, auch keine Auskunft hierüber, sondern bittet nur um ‚die bestmögliche Schätzung‘ der Arbeitskräfte in dem jeweiligen Land“. Europäisches Parlament. Zwischenbericht im Namen des Landwirtschaftsausschusses zur Höhe der Einkommen in der Landwirtschaft. Dokument 1-1327/82 vom 28.2.83, Seite 19.

⁸ Dieser Einkommensindex (die Kommission verwendet synonym auch den Begriff Maßziffer) errechnet sich aus der Differenz zwischen landwirtschaftlicher Endproduktion und Vorleistungen für die laufende Produktion zuzüglich dem Saldo aus Subventionen minus Produktionssteuern. Nach Abzug der Abschreibungen ergibt sich die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten. Wird sie mit dem impliziten Preisindex des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen deflationiert und auf die Zahl der landwirtschaftlichen Jahresarbeitseinheiten bezogen, so ergibt sich der „sektorale Einkommensindex“, wenn die Veränderung auf das Basisjahr „1974“ (d.h. dem Durchschnittswert der Jahre 1973 bis 75) bezogen wird.

⁹ Wie aus dem jüngsten Agrarbericht der Bundesregierung hervorgeht, entrichten 72,6 vH aller landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe der Bundesrepublik bei einem durchschnittlichen Gewinn je Unternehmen von 29 310 DM eine Einkommensteuer von durchschnittlich 1 (= einer) DM je Familie. Vgl. Agrarbericht 1984, Materialband S. 55.

¹⁰ Vgl. Europäisches Parlament, Zwischenbericht ... a.a.O..

rückhaltung üben, wenn es darum geht, die Einkommenslage der eigenen Landwirtschaft für die Partnerländer und die Gemeinschaftsbehörden transparent zu machen¹¹.

Die Daten zur Entwicklung der Preise und „Realeinkommen“ in der Landwirtschaft der EG-Länder vermitteln ein äußerst undurchsichtiges Bild, das erst durch Trendanalysen transparenter wird. Betrachtet man den Zeitabschnitt von 1979 bis 1983 — wobei die Ergebnisse für das Jahr 1983 eine Schätzung der EG-Kommission darstellen — als die für die gegenwärtig anstehenden agrarpolitischen Entscheidungen relevante Periode, so lassen sich im wesentlichen zwei Ländergruppen ausmachen, deren „Realeinkommen“ in unterschiedliche Richtungen tendierte: relativ hohe jahresdurchschnittliche Zunahmen weisen die Benelux-Länder, Dänemark und Griechenland (das allerdings nicht während der ganzen Zeitspanne schon der EG angehörte) auf. Mit Steigerungsraten des Einkommensindicators um 6 vH liegt diese Ländergruppe weit über dem EG-Durchschnitt. Einen schwachen Anstieg haben mit 0,4 und 1,5 vH auch noch Irland und Großbritannien. In der Bundesrepublik Deutschland¹², in Frankreich und in Italien nahmen dagegen in dieser Periode die „Realeinkommen“ ab.

Von diesen Durchschnitten für die Jahre 1979/83 hebt sich das letzte Jahr (1983) mit überwiegend hohen Negativraten ab. Dieses schlechte aktuelle Ergebnis, das dem guten Erntejahr 1982 folgte, sollte freilich kein Anlaß dafür sein, nun doch aus einkommenspolitischen Erwägungen heraus wieder eine großzügigere Preispolitik betreiben zu wollen. Zu hoch sind dafür die volkswirtschaftlichen Kosten, die aus der allokativen Fehlsteuerung mit ihrer Überschußproduktion, ihren Vermarktungserfordernissen und ihrer haushaltsmäßigen Belastung resultieren. An einer strukturellen Anpassung, die sich an einem Marktausgleich zu orientieren hätte, führt deshalb kein Weg vorbei. Dieser Anpassungsdruck trifft die heute schon einkommensschwachen Betriebe besonders hart. Die innerlandwirtschaftliche Einkommensstreuung ist recht hoch. In der Bundesrepublik zählen immer noch solche landwirtschaftlichen Betriebe zu sogenannten Vollerwerbsbetrieben, die ein Einkommenspotential haben, das in den letzten Jahren ganz offensichtlich unterhalb der Sozialhilfesätze lag. Es stellt sich die Frage, ob landwirtschaftliche Betriebe mit einem jährlichen Gewinn je Familienarbeitskraft von rund 1200 DM (1981/82) oder 2800 DM (1982/83) noch als Vollerwerbsbetriebe bezeichnet und somit zur Zielgruppe der offiziellen Agrarpolitik gerechnet werden sollten. Hier hätte die Agrarstrukturpolitik anzusetzen, um mit Hilfe von verstärkten Abwanderungsanreizen, Betriebsaufgabereuten und ergänzenden Sozialprogrammen dem offensichtlich vorhandenen Anpassungsdruck ein Ventil zu geben. Verstärkte Hilfen zur Betriebsaufgabe für betagte Landwirte, personengebundene Renten für die dauernde Aufgabe der Milchproduktion,

**Streuung des Gewinns¹⁾
in den landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben
in der Bundesrepublik Deutschland**

Wirtschaftsjahr	Gewinn je Familienarbeitskraft in D-Mark			Verhältnis d. untersten z. obersten Quartil
	Betriebe insgesamt	oberstes Viertel aller Betriebe (Quartil)	unterstes Viertel aller Betriebe (Quartil)	
1969/70	13 161	27 355	4 504	1 : 6,1
1970/71	11 724	31 545	4 954	1 : 6,4
1971/72	16 480	35 736	5 403	1 : 6,6
1972/73	19 577	40 155	7 547	1 : 5,3
1973/74	19 485	40 937	6 755	1 : 6,1
1974/75	21 010	42 806	7 033	1 : 6,1
1975/76	25 263	58 687	9 860	1 : 6,0
1976/77	21 842	53 179	6 097	1 : 8,7
1977/78	24 084	55 062	8 307	1 : 6,6
1978/79	24 780	58 120	9 243	1 : 6,3
1979/80	24 309	57 823	7 586	1 : 7,6
1980/81	21 245	49 740	-638	.
1981/82	22 890	52 839	1 196	1 : 44,2
1982/83	26 282	56 988	2 810	1 : 20,3

1) Gewinn ist die Differenz zwischen Unternehmensertrag und Unternehmensaufwand.

Quellen: Agrarbericht der Bundesregierung, verschiedene Jahrgänge.

evtl. auch der Rindfleischproduktion, könnten eine restriktive Preispolitik sozial erträglich machen.

Offensichtlich ist die Mobilität in der Landwirtschaft größer als weithin angenommen wird. Auch in den vergangenen Jahren — bei insgesamt kritischer Arbeitsmarktlage — hat sich die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten verringert, wenn auch die Abnahme im Vergleich zu den Jahren vor 1975 schwächer wurde. In der Bundesrepublik sind inzwischen rund 43 vH der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber außerhalb der Landwirtschaft erwerbstätig, 1970 waren es erst 35 vH. Die Bereitschaft zur Anpassung an veränderte Erwerbsaussichten in der Landwirtschaft sollte von der Agrarpolitik stärker ins Kalkül gezogen und nicht durch falsche Hoffnungen und irreführende Preissignale geschwächt werden.

¹¹ Ein Indiz hierfür kann u.a. in der schleppenden Information über einzelstaatliche Beihilfen an die Landwirtschaft gesehen werden. Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft, Bericht 1983, S. 148f.

¹² Die Übersicht zur Preis- und Einkommensentwicklung weist für die Bundesrepublik eine Schätzung für das Jahr 1983 aus, die in scheinbarem Widerspruch zu den jetzt vorliegenden Einkommensberechnungen des Agrarberichtes stehen. Dort sind nominale Einkommenszuwächse für das Wirtschaftsjahr 1982/83 ermittelt worden, die mit 19,5 vH weit über dem langjährigen Durchschnitt von 4,1 vH liegen (vgl. Agrarbericht 1984, Materialband S. 33). Selbst unter Berücksichtigung der Inflationsrate verbleibt noch eine bedeutende Steigerung der realen Nettowertschöpfung je Arbeitskraft. Der Unterschied zwischen der Schätzung für 1983 nach dem „Sektoralen Einkommensindex“ der Eurostat und den Ergebnissen 1982/83 nach dem Agrarbericht ist überwiegend auf unterschiedliche Zeitabgrenzung zurückzuführen; die günstigen Ernteergebnisse des Jahres 1982 auf der einen Seite und die eher durchschnittlichen Ergebnisse des Jahres 1983 machen sich je nach der zeitlichen Abgrenzung der Vergleichsjahre (Kalender- versus Wirtschaftsjahr) bemerkbar.

Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland und seine Beschäftigungseffekte

Im Export der Bundesrepublik Deutschland in die europäischen Mitgliedsländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe¹ (RGW) hat die Sowjetunion 1983 weiter an Bedeutung gewonnen. Die kleineren RGW-Länder mußten dagegen der Verbesserung der Zahlungsbilanz höchste Priorität einräumen, was ihnen nur durch Importeinschränkungen möglich war. Der Ausfuhrüberschuß der Bundesrepublik gegenüber diesen Ländern hat sich halbiert.

Die exportinduzierten Beschäftigungseffekte des Ostexports können auf der Basis von Input-Output-Tabellen bestimmt werden. Ergebnisse einer neueren Berechnung zeigen, daß 1982 rund 230 000 Erwerbstätige für den Export in die RGW-Länder tätig waren, das entspricht einem Anteil von knapp 1 vH der Beschäftigten. Auf die Lieferungen in die Sowjetunion entfällt ein Beschäftigteneffekt von 120 000.

Uneinheitliche Entwicklung im Osthandel

Der Außenhandelsumsatz der Bundesrepublik Deutschland mit den europäischen Mitgliedsländern des RGW erreichte 1983 einen Wert von 40 Mrd. DM; dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 6 vH². Damit konnten die RGW-Staaten insgesamt ihre relative Bedeutung als Handelspartner der Bundesrepublik leicht verbessern, denn der gesamte Außenhandelsumsatz nahm nur um 2 vH zu. Indes bleibt der Anteil dieser Region mit knapp 5 vH am Warenhandel der Bundesrepublik weiterhin gering.

Der Handel mit der UdSSR und den osteuropäischen Staaten entwickelte sich ganz unterschiedlich. Angesichts der Zahlungsprobleme haben die osteuropäischen Länder ihre Importe aus der Bundesrepublik abermals eingeschränkt, sie sanken 1983 auf 8,5 Mrd. DM (bisheriger Höchststand: 1974 mit 9,8 Mrd. DM). Bei ihren Exportbemühungen haben die osteuropäischen Länder insgesamt keine nennenswerten Erfolge erzielt. Das Vorjahresergebnis wurde kaum überschritten (+ 1 vH). Damit konnte nicht einmal der Anteil an den Gesamtimporten der Bundesrepublik gehalten werden, denn diese expandierten um 4 vH. Die schwierige konjunkturelle Lage in der Bundesrepublik kann hierfür — wie der Vergleich mit der gesamten Importentwicklung zeigt — kaum verantwortlich gemacht werden. Von größerer Bedeutung dürften vor allem zwei Faktoren gewesen sein:

- Interne Wachstumsprobleme der RGW-Länder setzen einer Erweiterung des Exportpotentials enge Grenzen;
- Preissteigerungen bei Energierohstoffen erforderten umfangreichere Lieferungen auch von sogenannten harten Waren — das sind international wettbewerbsfähige Erzeugnisse — an die Sowjetunion³.

Daneben dürfte der zunehmende Protektionismus den Absatz in der Bundesrepublik erschwert haben.

Im Gegensatz zu den übrigen RGW-Ländern hat die Sowjetunion ihre Importe aus der Bundesrepublik in einem nicht erwarteten Umfang ausgeweitet (+ 20 vH)⁴. Ihre Einfuhren aus der übrigen OECD-Region hat die

UdSSR in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres dagegen um 2 vH reduziert. Dies kann als Reaktion auf die Preissenkungen für Mineralöl und Erdgas gewertet werden. Der Preisverfall seit 1982 hatte für die UdSSR wegen des hohen Anteils dieser Güter am Export in die OECD-Länder (80 vH) nicht unerhebliche Einnahmeverluste zur Folge. Infolge der Wechselkursveränderungen sind diese in D-Mark gerechnet jedoch geringer ausgefallen als in der Dollar-Rechnung⁵.

Knapp 3 vH des gesamten Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland werden nunmehr mit der UdSSR abgewickelt; 1970 waren es erst gut 1 vH. Entfiel damals noch der überwiegende Teil des Osthandels — nämlich knapp 70 vH — auf die kleineren RGW-Staaten, so waren es 1983 nur noch 40 vH. Der Anteil dieser Ländergruppe am gesamten Außenhandel ist auf 2 vH zurückgegangen; der Außenhandelsumsatz der Bundesrepublik mit allen fünf Ländern zusammengenommen hat nun etwa die gleiche relative Bedeutung wie der innerdeutsche Handel.

UdSSR steigert Energielieferungen

Die ohnehin ausgeprägte Komplementarität der Warenstruktur des deutsch-sowjetischen Handels hat sich in

¹ Hier als Osthandel bezeichnet. Er umfaßt den Handel mit Bulgarien, CSSR, Polen, Rumänien, Ungarn = RGW (5) — hier auch als Osteuropa bezeichnet — sowie die UdSSR; RGW (5) plus UdSSR = RGW (6). Der innerdeutsche Handel ist nicht enthalten.

² Preisveränderungen haben die Entwicklung des Osthandels im vergangenen Jahr kaum beeinflußt. Die Durchschnittswerte für die Ausfuhr stiegen im Handel mit der UdSSR schätzungsweise um 1 vH, mit Osteuropa um 2 vH, mit RGW (6) um 1 vH. Für die Einfuhr wurden folgende Werte geschätzt: UdSSR – 3 vH, Osteuropa – 0,5 vH, RGW (6) – 2 vH.

³ Im Zeitraum Januar bis September 1983 stiegen die Exporte der osteuropäischen Länder in die UdSSR um 14 vH gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum.

⁴ Vgl. Handelsverflechtung mit den kleineren RGW-Ländern auf neuem Tiefstand. Bearb.: Jochen Bethkenhagen. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 12/1983.

⁵ Der durchschnittliche Grenzübergangswert für Erdöl verminderte sich 1983 im Vergleich zu 1981 in D-Mark berechnet um 6 vH, in US-Dollar um 22 vH.

Entwicklung des Osthandels¹⁾ der Bundesrepublik Deutschland
1970 bis 1983

Land, Ländergruppe ²⁾	1970	1975	1980	1981	1982	1983	1970	1975	1980	1981	1982	1983
	Ausfuhr (fob)						Einfuhr (cif)					
	Millionen DM											
Bulgarien	240	1 023	872	1 131	1 235	1 258	237	232	324	466	483	447
CSSR	1 058	1 678	1 892	2 007	1 953	1 954	727	1 158	1 901	2 069	2 051	2 210
Polen	658	3 213	2 661	2 160	2 142	2 127	744	1 436	2 495	2 128	2 136	2 184
Rumänien	722	1 607	1 623	1 508	911	702	580	994	1 599	1 496	1 358	1 261
Ungarn	522	1 417	2 194	2 657	2 629	2 439	490	906	1 819	1 995	1 848	1 876
RGW (5)	3 201	8 937	9 242	9 463	8 870	8 480	2 778	4 725	8 138	8 155	7 876	7 977
UdSSR	1 546	6 948	7 943	7 621	9 395	11 245	1 254	3 240	7 517	9 225	11 358	11 864
RGW (6)	4 748	15 885	17 185	17 085	18 265	19 725	4 031	7 965	15 655	17 379	19 233	19 841
	Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH											
Bulgarien	- 2,6	33,5	20,9	29,6	9,2	1,8	14,6	- 1,1	- 9,4	43,9	3,6	- 7,6
CSSR	28,6	- 5,9	- 4,5	6,1	- 2,7	0,1	5,4	11,8	18,8	8,9	- 0,9	7,8
Polen	7,6	- 11,1	8,0	- 18,8	- 0,8	- 0,7	39,8	0,8	13,1	- 14,7	0,4	2,2
Rumänien	- 1,0	- 12,5	- 17,9	- 7,1	- 39,6	- 23,0	25,1	3,1	- 2,0	- 6,4	- 9,2	- 7,1
Ungarn	47,6	- 19,8	2,5	21,1	- 1,1	- 7,2	21,6	- 0,2	7,8	9,7	- 7,4	1,5
RGW (5)	15,8	- 8,5	- 0,5	2,4	- 6,3	- 4,4	21,1	3,5	8,8	0,2	- 3,4	1,3
UdSSR	- 2,3	45,6	19,9	- 4,1	23,3	19,7	- 4,0	- 0,9	1,9	22,7	23,1	4,5
RGW (6)	9,2	9,3	8,0	- 0,6	6,9	8,0	12,0	1,7	5,3	11,0	10,7	3,2
	Anteil am gesamten Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland in vH											
RGW (5)	2,6	4,0	2,6	2,4	2,1	2,0	2,5	2,6	2,4	2,2	2,1	2,0
UdSSR	1,2	3,1	2,3	1,9	2,2	2,6	1,1	1,8	2,2	2,5	3,0	3,0
RGW (6)	3,8	7,2	4,9	4,3	4,3	4,6	3,7	4,3	4,6	4,7	5,1	5,1
	Anteil der Bundesrepublik Deutschland am Westhandel der RGW-Länder in vH ³⁾											
RGW (5)	23,4	21,8	25,0	25,4	23,9	22	19,2	22,3	22,9	22,7	25,5	26
UdSSR	10,5	15,0	19,1	20,7	21,4	17	13,2	20,0	18,9	14,8	15,3	18
RGW (6)	17,9	18,4	21,7	22,5	22,3	19	16,5	21,2	20,7	18,0	18,8	21
	Jährlicher Saldo in Mrd.DM						Kumulierter Saldo ⁴⁾ in Mrd.DM					
Bulgarien	0,0	0,8	0,6	0,7	0,8	0,8	0,0	1,6	3,8	4,5	5,3	6,1
CSSR	0,3	0,5	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,3	0,3	2,9	5,1	5,1	5,0	4,7
Polen	- 0,1	1,8	0,2	0,0	0,0	- 0,1	- 0,1	5,8	8,9	8,9	8,9	8,8
Rumänien	0,1	0,6	0,0	0,0	- 0,0	- 0,6	0,1	2,0	3,5	3,5	3,1	2,5
Ungarn	0,0	0,5	0,4	0,7	0,8	0,6	0,0	2,0	4,8	5,4	6,2	6,8
RGW (5)	0,4	4,2	1,1	1,3	1,0	0,5	0,4	14,3	26,1	27,4	28,4	28,9
UdSSR	0,3	3,7	0,4	- 1,6	- 2,0	- 0,6	0,3	7,9	12,7	11,1	9,1	8,5
RGW (6)	0,7	7,9	1,5	- 0,3	- 1,0	- 0,1	0,7	22,1	38,7	38,4	37,5	37,4
	Relation von Einfuhr zu Ausfuhr im Osthandel der Bundesrepublik Deutschland											
	Jahreswerte						Kumulierte Werte ⁴⁾					
Bulgarien	99	23	37	41	39	36	99	48	44	44	43	42
CSSR	69	69	100	103	105	113	69	66	72	75	78	80
Polen	113	45	94	99	100	103	113	53	66	69	71	73
Rumänien	80	62	98	99	149	180	80	71	77	79	83	86
Ungarn	94	64	83	75	70	77	94	68	71	72	71	72
RGW (5)	87	53	88	86	89	94	87	62	69	70	72	74
UdSSR	81	47	95	121	121	106	81	61	77	82	87	90
RGW (6)	85	50	91	102	105	101	85	62	72	75	78	81

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Europäische RGW-Länder ohne DDR.- 2) Herstellungs- und Verbrauchsländer.- 3) Auf der Basis der RGW-Statistiken (RGW-Länder hier Berichtsländer), 1983 geschätzt.- 4) Kumuliert ab 1970.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 1, diverse Jahrgänge; Statistische Jahrbücher und Monatsstatistiken der DDR-Länder; Berechnungen des DIW.

Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland 1983 nach Warengruppen¹⁾

Angaben in vH

Warengruppe	Ausfuhr				Einfuhr			
	Wert in Mill. DM	Zu- wachs ²⁾	Struktur	Gewicht ³⁾	Wert in Mill. DM	Zu- wachs ²⁾	Struktur	Gewicht ³⁾
UdSSR								
Insgesamt	11 245	19,7	100	2,6	11 864	4,5	100	3,0
darunter ⁴⁾ :								
Ernährungsgüter	571	-29,9	5,1	2,4	74	-7,4	0,6	0,2
Rohstoffe	73	57,5	0,7	1,0	2 725	20,8	23,0	5,2
Halbwaren	342	-8,8	3,0	1,0	8 292	2,0	69,9	11,3
Fertigwaren	10 231	25,8	91,0	2,8	642	-14,7	5,4	0,3
davon:								
Vorerzeugnisse	2 308	-5,6	20,5	3,2	502	-19,2	4,2	1,0
Enderzeugnisse	7 923	39,3	70,5	2,7	140	6,4	1,2	0,1
Osteuropa ⁵⁾								
Insgesamt	8 480	-4,4	100	2,0	7 977	1,3	100	2,0
darunter ⁴⁾ :								
Ernährungsgüter	437	-35,5	5,2	1,9	1 214	4,8	15,2	2,4
Rohstoffe	140	-6,1	1,7	2,0	900	5,7	11,3	1,7
Halbwaren	655	-5,6	7,7	1,9	1 825	0,9	22,9	2,5
Fertigwaren	7 191	-1,3	84,8	2,0	3 919	-0,6	49,1	1,9
davon:								
Vorerzeugnisse	2 383	0,4	28,1	3,3	1 162	-8,4	14,6	2,3
Enderzeugnisse	4 808	-2,2	56,7	1,7	2 757	3,1	34,6	1,8

1) Vorläufige Angaben.- 2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.- 3) Anteil an der jeweiligen Gesamteinfuhr bzw. Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland.- 4) Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen. 5) Bulgarien, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Ungarn.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3.

den letzten Jahren noch verstärkt. Bei den Importen aus der Sowjetunion entfielen 1983 rd. 80 vH auf Erdöl, Erdgas und Mineralölprodukte; der Anteil der Fertigwaren betrug lediglich 5 vH. Umgekehrt stieg der Fertigwarenanteil bei den Lieferungen der Bundesrepublik auf 90 vH. An Bedeutung verloren haben hier in den letzten Jahren die Exporte von Ernährungsgütern; ihr Anteil ging von 12 vH (1981) auf 5 vH (1983) zurück. Diese Lieferungen waren während des amerikanischen Teilembargos für Getreide stark ausgeweitet worden und werden nun auf ihre ursprüngliche Bedeutung zurückgeführt.

Gestiegen sind die Exporte der Bundesrepublik im Jahre 1983 im wesentlichen in zwei Warengruppen: Stahlröhren (einschl. „weitere Eisenwaren“) und Maschinenbauerzeugnisse. Beide Bereiche dürften in nicht unerheblichem Umfang vom Ausbau der sowjetischen Rohstoffwirtschaft, insbesondere vom Ausbau der Erdgasleitungen, profitiert haben. Wenn auch Informationen für eine direkte Zuordnung der Exporte zu bestimmten Projekten fehlen, so läßt sich das im Zusammenhang mit dem Bau der im vergangenen Jahr in Betrieb genommenen Erdgasexportleitung vergebene Auftragsvolumen an Firmen in der Bundesrepublik auf etwa 3 Mrd. DM schätzen. Hierbei handelt es sich um Großrohre, Rohre für Kompressor-

stationen, Turbinen sowie um Autokräne für die Verlegung von Rohren. Von sowjetischer Seite wird der Gesamtwert des für die 4500 km lange Pipeline importierten Materials mit 6 Mrd. US-Dollar angegeben⁶⁾. Auf die Bundesrepublik entfällt damit ein Anteil von ca. 20 vH.

Für die Eisen- und Stahlindustrie sowie für den Maschinenbau haben die Exporte in die UdSSR angesichts der weltweiten Absatzprobleme deutlich an Gewicht gewonnen. Über ein Fünftel der Röhrenexporte dürfte 1983 auf die UdSSR entfallen sein, bei Werkzeugmaschinen waren es 18 vH. Wenn also die Bedeutung der UdSSR als Handelspartner insgesamt gering ist, so ist sie doch für einige Branchen ein nicht zu vernachlässigender Absatzmarkt. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Bundesrepublik als Röhrenlieferant der UdSSR vor allem an japanische Konkurrenz Marktanteile abgeben mußte:

⁶⁾ TASS vom 10. August 1983.

Röhrenimporte der UdSSR aus OECD-Ländern

	1970	1975	1980	1981	1982
Insgesamt (in Mill. US-\$)	137	779	639	937	1372
darunter: Anteile in vH					
Bundesrepublik					
Deutschland	72	39	37	25	24
Japan	13	19	35	49	49
Italien	0	25	15	16	17
Frankreich	8	11	11	7	6

Quellen: Statistische Außenhandelsjahrbücher der UdSSR.

Bei Mineralöl sind seit 1982 die Weltmarktpreise gesunken. Darauf hat die UdSSR ihr Angebot zu vergleichsweise günstigen Preisen erhöht. Die Importe der Bundesrepublik an Erdöl und Erdölprodukten stiegen von 8,7 Mill. t auf 10,8 Mill. t. Auch die Erdgasbezüge wurden wieder geringfügig — um 0,4 Mrd. m³ auf knapp 11 Mrd. m³ — gesteigert. Damit hat sich vor allem auf dem Ölmarkt die Bedeutung der Sowjetunion als Lieferant erhöht: 1983 entfielen 10 vH des Mineralölverbrauchs und 24 vH des inländischen Erdgasverbrauchs auf Bezüge aus der UdSSR (1982: 8 vH bzw. 23 vH). Bezogen auf den gesamten Energieverbrauch ist der sowjetische Anteil indes geringer. Er betrug 1983 7,5 vH des Primärenergieverbrauchs; zwei Jahre zuvor waren es 5 vH (ohne Urananreicherung).

Energieimporte der Bundesrepublik Deutschland aus der UdSSR 1970 bis 1983 und ihre Bedeutung

	Einheit	1970	1975	1980	1982	1983 ¹⁾
Erdgas	Mrd.m ³	-	3,1	10,8	10,5	10,9
Erdöl	Mill.t	3,4	3,1	2,8	3,4	4,4
Erdölprodukte	Mill.t	2,3	4,3	4,0	5,3	6,2
Kohle	Mill.t	0	0,1	0,2	0	0,1
Insgesamt	Mill.t SKE	8,2	14,0	21,5	23,8	27,0
Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik	Mill.t SKE	337	348	391	362	362
Anteil der Importe aus der UdSSR am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik	vH	2,4	4,0	5,5	6,6	7,5
Anteil an den Gesamtimporten aus der UdSSR	vH	28	58	68	75	80

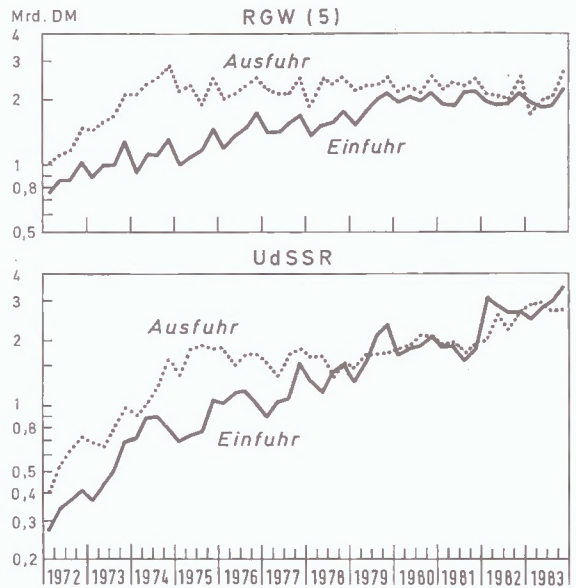
1) Vorläufige Angaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3. Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen.

Ende 1984 werden die Erdgaslieferungen im Rahmen des vierten Erdgasvertrags aus dem Feld Urengoi beginnen. Ungewiß ist zur Zeit freilich, ob damit der sowjetische Lieferanteil am gesamten Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik zunehmen wird. Während bisher stets ein deutlicher mengenmäßiger Rückgang des so-

Die Entwicklung* des Osthandels der Bundesrepublik Deutschland

logarithmischer Maßstab



* Ursprungswerte (nicht saisonbereinigt), vierteljährlich.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 1.

DIW 84

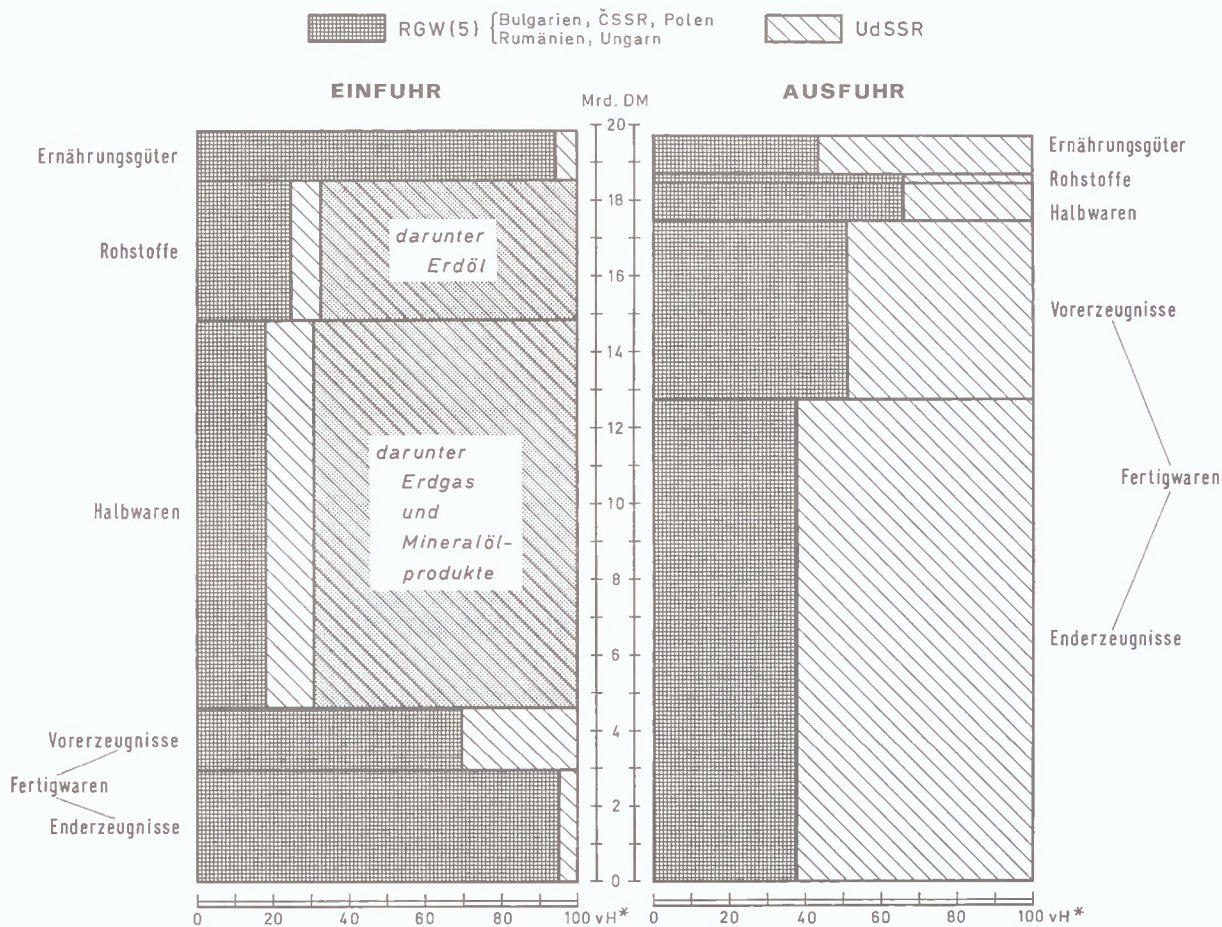
wjetischen Erdöl exports in die westlichen Länder für die zweite Hälfte der achtziger Jahre erwartet worden ist, hat die sich gegenwärtig abzeichnende Preisentwicklung auf dem Energiemarkt neue Daten gesetzt. Ein starkes Absinken des Volumens der Öl exports in den Westen hat derzeit ein geringeres Maß an Wahrscheinlichkeit als vor einem Jahr.

Handel mit den übrigen RGW-Ländern ausgeglichen

Die Ausfuhren nach Osteuropa gingen im vergangenen Jahr nochmals, um 0,4 Mrd. DM, zurück. Dem Diktat der Zahlungsbilanz fielen dort in erster Linie Einfuhren von Investitionsgütern, insbesondere von Maschinenbauerzeugnissen (– 10 vH), zum Opfer. Dies ist Ausdruck der allgemeinen Import- bzw. Investitionspolitik der kleineren RGW-Länder. Größere Anlageinvestitionen werden so weit wie möglich unterlassen; die Vollendung bereits begonnener Projekte hat Priorität. Die Devisen werden bevorzugt für Importe eingesetzt, die der Aufrechterhaltung der laufenden Produktion dienen. Hierzu war man allerdings auch durch die restriktive Kreditpolitik westlicher Banken gezwungen; die sonst allgemein übliche Kreditfinanzierung von Anlagekäufen war in den vergangenen Jahren faktisch unmöglich.

Am stärksten reduzierte Rumänien seine Einfuhren; sie sanken unter das Niveau vom Jahr 1970. Hierin spiegeln

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit den RGW-Ländern im Jahre 1983 nach Warengruppen und Regionen Herstellungs- bzw. Verbrauchsländer



* RGW (6) = 100.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3.

DIW 84

sich die ernsthaften Bemühungen wider, in möglichst kurzer Zeit die Zahlungsprobleme zu lösen. Im ersten Halbjahr 1983 hatte Rumänien mit 0,6 Mrd. US-Dollar unter allen osteuropäischen Ländern den höchsten Handelsbilanzüberschuß im Westhandel⁷. Ähnlich war die Entwicklung im Handel mit der Bundesrepublik. Mit 0,6 Mrd. DM im Jahr 1983 war der rumänische Lieferüberschuß mit Abstand am höchsten. Dies ist allerdings — wie die jüngste Entwicklung zeigt — nur unter Inkaufnahme größerer Versorgungs- und Wachstumsprobleme im Inland gelungen. Hieraus resultiert wiederum eine Schwächung der Exportfähigkeit Rumäniens. So gingen die Lieferungen in die Bundesrepublik 1983 erneut — diesmal um 7 vH —

zurück. Aber auch das rumänische Bemühen um eine Integration in den RGW und um umfangreichere Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Auch *Ungarn* ist von Zahlungsbilanzproblemen nicht verschont geblieben. Schlechte Ernteergebnisse und ein geringes Wirtschaftswachstum haben 1983 zu Exportausfällen im Westhandel geführt. Im Handel mit der Bundesrepublik konnte die Ausfuhrsteigerung um 2 vH den Rückgang vom Vorjahr nicht ausgleichen, so daß nun schon im dritten Jahr hintereinander keine nennenswerten Absatzerfolge erzielt wurden. Die Lieferungen von Ernährungsgütern — sie sind mit einem Anteil von fast 25 vH noch immer eine der Hauptstützen der ungarischen Exporte in die Bundesrepublik — mußten im vergangenen Jahr leicht gekürzt werden. Die ungarischen

⁷ Für das ganze Jahr 1983 erwartet die ECE einen rumänischen Exportüberschuß im Westhandel von 1,3 Mrd. US-Dollar. Vgl. ECE (Ed.): Economic Bulletin for Europe. Vol. 35. Genf 1983, S. 2.18.

Einfuhren gingen um 7 vH zurück. Dennoch ist Ungarn nach der Sowjetunion der bedeutendste Handelspartner der Bundesrepublik im RGW geblieben. Betroffen von den Importrestriktionen waren in erster Linie Maschinenbauerzeugnisse (– 18 vH).

Angesichts der Verschuldungsprobleme wiesen die Gesamtausfuhren nach *Polen* in den letzten beiden Jahren eine bemerkenswerte Stabilität auf. Polen reduzierte allerdings im vergangenen Jahr die Einfuhr von Ernährungsgütern um 40 vH; die Bezüge von Werkzeugmaschinen gingen um 70 vH zurück. Die aus diesen Kürzungen freigewordenen Devisen wurden im wesentlichen für den Import zusätzlicher chemischer Produkte und Eisenwaren verwendet. Mit einer Steigerung von 2 vH dürfte die Entwicklung der polnischen Exporte deutlich hinter den dort gehegten Erwartungen zurückgeblieben sein. Bei traditionellen polnischen Exportprodukten, wie Steinkohle und Kupfer, war der Exportwert um rund 12 vH niedriger als im Vorjahr. Nur durch die Aufnahme des Exports von Kupfererzen sowie die Steigerung der Lieferungen von Obst, Gemüse und Bekleidung konnte ein Einnahmeverlust verhindert werden. Bemerkenswert ist der seit drei Jahren nahezu vollständige Bilanzausgleich im bilateralen Handel.

Die *Tschechoslowakei* weist unter allen europäischen Ländern die relativ geringste Schuldenlast auf und konnte im vergangenen Jahr ihren Export in die Bundesrepublik besonders stark ausweiten. Maschinenbauerzeugnisse und Produkte der Leichtindustrie (Glaswaren, Lederwaren, Bekleidung) — einst wichtige Waren im tschechischen Exportsortiment — haben heute nur noch eine untergeordnete Bedeutung (insgesamt 15 vH der Lieferungen). Dagegen entfällt auf Holzwaren, Kohle und Mineralölprodukte ein Drittel des Exports. Der überwiegende Teil der Ausfuhrsteigerung (83 vH) wurde mit Waren erreicht, die keineswegs für ein Industrieland typisch sind, nämlich Obst und Gemüse sowie Erdölprodukte. Die Einfuhrpolitik der CSSR war erneut durch Zurückhaltung geprägt; die Importe aus der Bundesrepublik wurden nicht erhöht — obwohl das Wirtschaftswachstum eine leichte Beschleunigung (+ 2,2 vH Nationaleinkommenszuwachs) erfuhr. Gekürzt wurde auch hier die Einfuhr von Maschinen (– 7 vH); die Bezüge von Ernährungsgütern wurden sogar halbiert. Im gesamten Westhandel soll die CSSR im vergangenen Jahr einen Handelsbilanzüberschuß von 1 Mrd. US-Dollar erzielt haben⁸. Auf dieser Basis könnten künftig auch wieder kreditfinanzierte Anlagenimporte getätigt werden.

Der kleinste Handelspartner der Bundesrepublik unter den RGW-Ländern ist *Bulgarien*. Neben Rumänien hatte es die relativ größten Erlöseinbußen im Handel mit der Bundesrepublik hinnehmen müssen (– 8 vH). Hierfür war allerdings fast ausschließlich die Kürzung der Mineralöllieferungen um 30 vH verantwortlich. Mit einem Anteil von 17 vH ist Öl neben Bekleidung (18 vH) und Nahrungs-

gütern (23 vH) noch immer eine der bedeutendsten Exportwarengruppen. Bemerkenswert an der Struktur der bulgarischen Importe aus der Bundesrepublik ist der hohe Anteil von Maschinen (ein Drittel); dieser Posten hat im vergangenen Jahr keine nennenswerte Kürzung erfahren. Für Bulgarien ist die Bundesrepublik ein wichtiger Lieferant von Investitionsgütern; zur Finanzierung dieser Importe werden überwiegend Devisenerlöse eingesetzt, die in anderen Ländern erzielt worden sind. Eine derartige „Finanzierungspolitik“ ist sonst nur noch von Ungarn betrieben worden, wenn auch in geringerem Umfang.

Insgesamt ist das Defizit der kleineren RGW-Staaten von 5,2 Mrd. DM im Jahre 1974 auf 0,5 Mrd. DM im Jahre 1983 zurückgegangen. Diese Bilanzkonsolidierung wurde mit einer nunmehr neun Jahre anhaltenden Stagnation der Importe Osteuropas erkauft. Das erreichte Bilanzergebnis, Zinssenkungen und vor allem die sich abzeichnende Wirtschaftsbelebung lassen die Hoffnung zu, daß das zurückliegende Jahr den Tiefpunkt in den Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik mit den kleineren RGW-Staaten markiert hat.

Beschäftigungseffekte im Osthandel 1970 bis 1982: Methoden ...

Die Beschäftigungswirkungen des Osthandels sind an dieser Stelle bereits untersucht worden⁹. Hiermit wird eine Aktualisierung und Neuberechnung¹⁰ vorgelegt. Um zu ermitteln, wieviel Erwerbstätige in der Bundesrepublik für den Warenexport in die RGW-Länder tätig waren, wurden sektorspezifische Erwerbstätigeneffekte für den Osthandel berechnet; dabei müssen neben den unmittelbaren Wirkungen des Warenexports auch die über die Vorleistungen entstandenen Effekte einbezogen werden. So benötigt die Elektrotechnik für die Produktion Nichteisenmetalle, Energie und andere Vorleistungen, und für die Herstellung der Nichteisenmetalle müssen wiederum Vorleistungen eingesetzt werden. Die dadurch induzierten Erwerbstätigeneffekte lassen sich mittels der Input-Output-Rechnung quantifizieren. Basis sind die Input-Output-Tabellen (ohne Mehrwertsteuer) des DIW für die Bundesrepublik Deutschland mit 60 Produktionssektoren zu jeweiligen Preisen. Die Berechnungen für die siebziger Jahre basieren auf der Matrix für 1976, diejenigen für die achtziger Jahre auf der vorläufigen Tabelle für 1980. Ausgangsmaterial sind der vom Statistischen Bundesamt sektoral ausgewiesene Warenverkehr (Spezialhandel) mit

⁸ Vgl. *Financial Times* vom 7. Februar 1984.

⁹ Vgl. dazu Beschäftigungseffekte des Osthandels nicht überschätzen. Bearb.: Jochen Bethkenhagen und Hans Wessels. In: *Wochenbericht des DIW*, Nr. 13/1981.

¹⁰ Abweichungen zu den früheren Ergebnissen kommen durch eine stärkere Disaggregation der Input-Output-Tabellen und durch die Mehrwertsteuerbereinigung zustande.

den sechs RGW-Ländern¹¹, der um die Handelsspannen modifiziert wurde, und die Zahl der Erwerbstätigen nach Produktionssektoren¹².

Der exportinduzierten Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland stehen grundsätzlich negative Beschäftigungseffekte aufgrund von Importen gegenüber. Bei den Importen aus der UdSSR und Osteuropa handelt es sich aber häufig um Waren, die nicht in Konkurrenz zur Inlandsproduktion stehen. Dies gilt für die Energielieferungen der UdSSR ebenso wie für andere Rohstoffe und Ernährungsgüter. Die Fertigwarenlieferungen der kleineren RGW-Staaten konkurrieren demgegenüber häufig mit denen aus Schwellenländern und nicht mit Produkten aus der Bundesrepublik. Auf die Berechnung hypothetischer, negativer Beschäftigungseffekte der Importe wurde daher verzichtet.

... und Ergebnisse

Insgesamt betrug die von der Ausfuhr der Bundesrepublik — Waren und Dienstleistungen zusammengenommen — abhängige Zahl der Erwerbstätigen in den letzten Jahren knapp 6 Mill. Personen¹³, davon waren direkt und indirekt 230 000 Personen für den Warenexport in die RGW-Länder tätig. Die insgesamt von der Warenausfuhr in die sechs RGW-Länder abhängige Zahl der Erwerbstätigen verdoppelte sich von 160 000 im Jahre 1970 bis 1975 und sank bis 1982 wieder um 30 vH.

Auswirkungen des Warenexports in die einzelnen RGW-Länder auf die Zahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland

Jahresdurchschnitt in 1000 Personen

Land	1970	1975	1980	1982
Bulgarien	8,1	21,7	11,9	15,5
CSSR	39,8	34,3	26,6	24,8
Polen	24,4	67,5	38,1	27,3
Rumänien	23,6	33,8	22,9	11,6
Ungarn	17,2	29,3	30,2	32,6
RGW (5)	113,2	186,7	129,6	111,8
UdSSR	50,6	144,2	113,4	121,5
RGW (6)	163,8	330,9	242,9	233,2

Quellen: Statistisches Bundesamt: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 7 und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18, Reihe 1.- Input-Output-Rechnung des DIW.- Eigene Berechnungen.

UdSSR im deutschen Osthandel wider. Die Ausfuhr in die fünf kleineren RGW-Länder bewirkte 1982 mit 110 000 von ihr abhängigen Erwerbstätigen in der Bundesrepublik dieselben Effekte wie 1970, nachdem 1975 schon einmal 190 000 unmittelbar oder vorleistungsbedingt für die Warenausfuhr in diese Länder tätig waren. Dabei zeigen sich unterschiedliche Muster im Zeitablauf, die weitgehend die Entwicklung des Warenexports in die kleineren RGW-Länder widerspiegeln. Ungarn hat als Abnehmerland deutscher Waren seit 1970 eine wichtigere Stellung erlangt — das gleiche gilt für Bulgarien, wenn auch auf niedrigerem Niveau. Die von der Warenausfuhr in die CSSR und nach Rumänien induzierten Beschäftigungseffekte sind zurückgegangen. Mit Ausnahme von Ungarn gilt, daß die größten Effekte 1975 zu registrieren sind.

Sektoral profitierten insbesondere die Wirtschaftsbereiche Stahl- und Maschinenbau, automatische Datenverarbeitung (ADV) sowie Metallerzeugung und -bearbeitung vom Warenexport in die sechs RGW-Länder; 32 vH (1970) bis 42 vH (1975) der insgesamt von der Warenausfuhr in diese Länder abhängigen Erwerbstätigen arbeiteten in diesen beiden Wirtschaftsbereichen. Der überproportionale Anstieg der dem Export in die RGW-Länder zuzurechnenden Zahl der Erwerbstätigen von 1970 bis 1975 ist insbesondere auf die enorme Ausfuhrsteigerung von Erzeugnissen der eisenschaffenden Industrie und des Maschinenbaus in die UdSSR, nach Polen und nach Bulgarien zurückzuführen. Hier zeigt sich der Bedarf der RGW-Länder an westlicher Technologie; auch der Anstieg des Röhrenexports — insbesondere in die UdSSR — bringt dies zum Ausdruck. Die Exportanstrengungen des deutschen Maschinenbaus induzierten außerdem Vorleistungslieferungen der eisenschaffenden Industrie und der anderen Sektoren der Metallerzeugung und -bearbeitung mit entsprechenden positiven Auswirkungen auf die Beschäftigung in diesen Branchen. Der Mitte der siebziger Jahre relativ hohe Erwerbstätigeneffekt im Fahrzeugbau wurde durch die LKW-Lieferungen in die UdSSR ausgelöst. Die Abnahme der vom Warenexport abhängigen Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft zeigt den mit einer hohen Produktivitätssteigerung einhergehenden Rückgang der Erwerbstätigen in dieser Branche. Auffallend ist der relativ starke Anstieg der ausfuhrinduzierten Beschäftigtenzahl im Verbrauchsgüterbereich. Dabei ist insbesondere auf die verstärkten Einfuhren der UdSSR, Ungarns und Polens von Textilien sowie der UdSSR und Polens von Nahrungs- und Genußmitteln hinzuweisen.

Für die einzelnen RGW-Länder zeigen sich dabei unterschiedliche Tendenzen. Während 1970 erst ein Drittel der vom Warenexport in die RGW-Länder insgesamt abhängigen Erwerbstätigen für Lieferungen in die UdSSR tätig war, stieg die Quote bis 1982 auf über 50 vH; dies spiegelt auch die immer stärker werdende Stellung der

¹¹ Statistisches Bundesamt: Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 7, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen der Industriestatistik (Spezialhandel).

¹² Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen.

¹³ Vgl. Ausfuhrinduzierte Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen. Bearb.: Hans Wessels. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 39/1982.

**Auswirkungen des Warenexports der Bundesrepublik Deutschland in die RGW-Länder¹⁾
auf die Zahl der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen**

Jahresdurchschnitt in 1000 Personen

Wirtschaftsbereich	RGW (6)				darunter UdSSR			
	1970	1975	1980	1982	1970	1975	1980	1982
Land- und Forstwirtschaft	20,4	11,0	16,7	14,8	0,9	2,4	6,9	6,7
Energieversorgung und Bergbau	5,6	14,5	9,7	8,5	1,6	7,1	4,8	5,1
Chemische Industrie, Mineralöl- verarbeitung	17,9	31,7	26,8	23,9	5,3	10,1	9,4	8,9
Steine und Erden, Feinkeramik, Glas	2,2	5,5	3,7	3,7	0,4	1,9	1,2	1,4
Metallerzeugung und -bearbeitung	16,9	60,3	35,7	34,3	5,5	31,6	21,4	24,2
Stahl- und Maschinenbau, ADV ²⁾	34,9	80,2	52,8	52,7	12,9	38,8	27,3	30,1
Fahrzeugbau	1,9	14,2	4,2	4,6	0,3	8,0	1,6	2,3
Elektrotechnik	11,2	23,7	16,7	14,8	3,2	9,6	6,9	6,4
Feinmechanik, Optik, EBM ³⁾	12,0	8,6	7,3	7,9	8,1	3,0	2,8	3,4
Holz- und Papierbe- und -verarbeitung	4,4	7,2	6,2	5,9	1,4	2,6	2,9	3,0
Textil- und Bekleidungs-gewerbe	6,6	13,0	11,8	12,0	2,3	2,4	3,0	3,4
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	3,6	3,5	8,8	9,3	0,3	1,0	5,1	5,2
Handel	7,9	17,2	12,4	12,1	2,6	7,4	5,7	6,1
Verkehr und Bundespost	5,3	14,3	8,9	8,5	1,7	6,8	4,4	4,7
Übrige Wirtschaftszweige ⁴⁾	13,0	26,1	21,4	20,2	4,0	11,7	10,1	10,6
Wirtschaftszweige insgesamt	163,8	330,9	242,9	233,2	50,6	144,2	113,4	121,5

1) Ohne innerdeutschen Handel.- 2) Automatische Datenverarbeitung.- 3) Eisen-, Blech- und Metallwaren.- 4) Baugewerbe, Dienstleistungsunternehmen, Staat, private Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 7 und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18, Reihe 1. - Input-Output-Rechnung des DIW. -Eigene Berechnungen.

**Auswirkungen des Warenexports der Bundesrepublik Deutschland in die RGW-Länder¹⁾
auf die Zahl der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen**

in vH der Erwerbstätigen in den Wirtschaftszweigen

Wirtschaftsbereich	RGW (6)				darunter UdSSR			
	1970	1975	1980	1982	1970	1975	1980	1982
Land- und Forstwirtschaft	0,9	0,6	1,2	1,1	0,0	0,1	0,5	0,5
Energieversorgung und Bergbau	1,0	2,8	1,9	1,7	0,3	1,4	1,0	1,0
Chemische Industrie, Mineralöl- verarbeitung	1,7	3,2	2,6	2,5	0,5	1,0	0,9	0,9
Steine und Erden, Feinkeramik, Glas	0,5	1,4	1,0	1,0	0,1	0,5	0,3	0,4
Metallerzeugung und -bearbeitung	1,8	7,1	4,5	4,6	0,6	3,7	2,7	3,3
Stahl- und Maschinenbau, ADV ²⁾	2,3	5,6	3,8	4,0	0,8	2,7	2,0	2,3
Fahrzeugbau	0,2	1,5	0,4	0,4	0,0	0,8	0,1	0,2
Elektrotechnik	0,9	2,1	1,5	1,4	0,3	0,8	0,6	0,6
Feinmechanik, Optik, EBM ³⁾	1,7	1,3	1,1	1,2	1,1	0,5	0,4	0,5
Holz- und Papierbe- und -verarbeitung	0,4	0,8	0,7	0,8	0,1	0,3	0,3	0,4
Textil- und Bekleidungs-gewerbe	0,5	1,4	1,5	1,7	0,2	0,3	0,4	0,5
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	0,4	0,4	1,0	1,1	0,0	0,1	0,6	0,6
Handel	0,2	0,5	0,4	0,4	0,1	0,2	0,2	0,2
Verkehr und Bundespost	0,4	1,0	0,6	0,6	0,1	0,5	0,3	0,3
Übrige Wirtschaftszweige ⁴⁾	0,1	0,3	0,2	0,2	0,0	0,1	0,1	0,1
Wirtschaftszweige insgesamt	0,6	1,3	0,9	0,9	0,2	0,6	0,4	0,5

1) Ohne innerdeutschen Handel.- 2) Automatische Datenverarbeitung.- 3) Eisen-, Blech- und Metallwaren.- 4) Baugewerbe, Dienstleistungsunternehmen, Staat, private Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 7 und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18, Reihe 1. - Input-Output-Rechnung des DIW. -Eigene Berechnungen.

Bezogen auf die Gesamtbeschäftigung in der Bundesrepublik ist der Anteil der vom Warenexport in die sechs RGW-Länder ausgehenden Erwerbstätigeneffekte von 0,6 vH im Jahre 1970 auf 0,9 vH Anfang der achtziger Jahre gestiegen, nachdem er im Rezessionsjahr 1975 1,3 vH erreicht hatte. Die Abhängigkeit der Zweige des Investitionsgütergewerbes (mit Ausnahme des Fahrzeug-

baus) von der Ausfuhr war in allen Stichjahren überproportional hoch. Beim Sektor Metallerzeugung und -bearbeitung war die Abhängigkeit von der Mitte der siebziger Jahre an am größten — 1975 waren 7,1 vH der Erwerbstätigen dieses Wirtschaftsbereiches von der Warenausfuhr in die RGW-Länder abhängig. Im Jahre 1982 waren es hingegen nur 4,6 vH.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 53. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 4/1982. 121 S. DM 62,—

DIW-Symposion: Neue ökonomische Theorien — Wegweisung für die Wirtschaftspolitik?

I. Funktionsweise und Steuerung der Arbeitsmärkte — Vorurteile und Theorien.

Arbeitslosigkeit als Gegenstand mikroökonomischer Theorien zur Funktionsweise der Arbeitsmärkte. Von *Christof Helberger*.

Einige Marginalien zu Arbeitsmarkttheorie und -realität. Von *Dieter Mertens*.

II. Politische Akzeptanz, Effizienz und Verteilung in der Steuertheorie — Überlegungen zur optimalen Steuerstruktur.

Zur politischen und ökonomischen Akzeptanz der Einkommensteuer. Von *Dieter Bös*.

Zum Verhältnis und zur Tarifstruktur von direkten und indirekten Steuern. Von *Wolfgang Wiegand*.

III. Wirtschaft im Ungleichgewicht — Theoretische und politische Aspekte von Ungleichgewichtskonzepten.

Theoretische und politische Aspekte makroökonomischer Ungleichgewichtskonzeptionen. Von *Hans Jürgen Ramser*.

Theoretische und politische Aspekte von Ungleichgewichtskonzepten. Von *Harald Gerfin*.

IV. Einführung in die Generaldiskussion. Von *Hans-Jürgen Krupp*.

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

II. Beschäftigung und Arbeitnehmerinkommen 1981.

Heft 1/1983. 130 S. DM 52,—

Die Arbeitnehmerinkommen in Berlin (West) im interregionalen Vergleich. Von *Kurt Geppert*.

Das Spendenaufkommen in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Kurt Hornschild*.

Kritische Anmerkungen zu einer Simulationsstudie der Deutschen Bundesbank. Von *Ulrich Heilemann*.

Der Einfluß verkürzter Abschreibungsperioden auf Gewinne und Renditen. Von *Bernd Görzig*.

Aspekte der Planung von Forschung und Entwicklung in der DDR. Von *Angela Scherzinger*.

Zwischenbilanz der Neuorientierungen in der Wirtschaft der Volksrepublik China. Von *Ernst Hagemann*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 2-3/1983. 130 S. DM 62,—

Zeitreihen zur Entwicklung der Beschäftigten im Baugewerbe nach Sparten. Von *Jochen A. Hübener*.

Faktorsubstitution in den Wirtschaftssektoren der Bundesrepublik. Von *Gerd Hansen*.

Ausländer in Berlin. Von *Ingo Pfeiffer*.

Weltwirtschaftliches Wachstum, Nord-Süd-Konflikt und beschäftigungspolitische Optionen der Industrieländer. Von *Fritz Franzmeyer*.

Struktur und Entwicklung der internationalen Seetouristik. Von *Rüdiger von Torklus*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 4/1983. 142 S.

Analyse des Disaggregierten Bonner Prognosemodells. Von *Georg Erber* und *Manfred Kiy*.

Leitdatenbasis für regionalisierte Prognosen des Güterverkehrsaufkommens. Von *Ulrich Voigt*.

Finanzielle Verflechtung zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet. Eine Untersuchung für die Jahre 1965 bis 1980. Von *Kornelia Hagen* und *Kurt Hornschild*.

Erdöl und Erdgas im Ost-West-Handel. Von *Jochen Bethkenhagen*.

Die Leichtindustrie in der DDR. Von *Andreas Koch*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer . 880 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,

Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,

Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Vor einer agrarpolitischen Neuorientierung in der Europäischen Gemeinschaft? Bearbeitet von Peter Hrubesch.—

Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland und seine Beschäftigungseffekte. Bearbeitet von Jochen Bethkenhagen und Hans Wessels.—

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit

Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.